



**Prof. Dr. Johannes Varwick**

Lehrstuhl für Internationale Beziehungen  
und europäische Politik an der Martin-Luther-  
Universität Halle-Wittenberg

## **Wider die Einseitigkeit: Versäumnisse in den strategischen Diskussionen um die deutsche Sicherheitspolitik**

Sicherheitspolitik hat wieder Konjunktur. Mit dem Paradigmenwechsel in der strategischen Einschätzung hinsichtlich Russlands ist das Thema Verteidigungsfähigkeit in Deutschland und Europa erneut in den Fokus geraten. Die Bundeswehr gilt dabei als in Teilen nicht durchhaltefähig einsatzbereit. Die Beschaffungsvorhaben sind chronisch ineffizient, die Munitionsbevorratung unterschreitet die NATO-Vorgaben zum Teil drastisch, der Truppe fehlt es an Schiffen, Panzern, Helikoptern, Luftverteidigung, Kampfflugzeugen und Drohnen. Um diese von weiten Teilen der Gesellschaft lange ignorierte Lage zu verbessern, hatte das Verteidigungsministerium bereits 2016 sogenannte Trendwenden in den Bereichen Finanzen, Personal, Material und Infrastruktur ausgerufen und 2018 schließlich mit einer neu vorgelegten Konzeption der Bundeswehr und einem neuen Fähigkeitsprofil die Strategie der Bundeswehr festgelegt. Die Erfahrungen mit diesen Trendwenden und

den zahlreichen Versuchen, die Bundeswehr zu reformieren, waren jedoch bis zur Zeitenwende 2022 eher ernüchternd.

Dabei nahm die Mehrzahl der SicherheitsexpertInnen bereits vor Russlands Angriffskrieg an, dass die kommenden Jahrzehnte nicht ähnlich stabil und sicher für Deutschland sein werden wie die drei seit 1989 – und schon diese waren nicht nur friedlich. Dafür sprach eine Reihe von Gründen: das revisionistische Verhalten Russlands, der Aufstieg und die militärischen Ambitionen Chinas, die Unsicherheit über die militärische Rolle der USA in Europa, die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels, die instabilen Regionen in Osteuropa, auf dem Balkan, im Nahen Osten und in Teilen Afrikas, der internationale Terrorismus und die Technologierevolution, die den Charakter militärischer Bedrohungen massiv verändern sollte. Allerdings galt neben der Landes- und Bündnisverteidigung auch die Beteiligung an internationalen Einsätzen – von Afghanistan bis Mali – als strukturbestimmend. Das hat sich mit den durchweg als gescheitert zu bezeichnenden Einsätzen (auch dafür stehen Afghanistan und Mali stellvertretend) geändert.

## **Das Kind mit dem Bade ausgeschüttet**

Ich selbst hatte bereits vor dem russischen Angriff 2022 argumentiert, dass es bei dem Ruf nach mehr Verantwortung in der Sicherheitspolitik nicht um eine Militarisierung der deutschen Sicherheitspolitik gehen dürfe und auch nicht ging. Mein Argument: Deutschland als traditionelle Zivilmacht neige gewiss nicht zu militärischen Abenteuern, aber müsse sich als bekennender Multilateralist an verbindliche internationale Abmachungen halten und auf neue Lagen einstellen. Verweigere Deutschland sich selbst und Europa eine starke Bundeswehr, so setze es die Säulen seiner heutigen und vor allem künftigen Sicherheit aufs Spiel – die Bundeswehr erst dann ad hoc angemessen auszustatten, wenn eine Krise da sei, in der unmittelbarer Handlungsbedarf erkannt wird, werde dann kurzfristig nicht gelingen.

Doch wo stehen wir jetzt, an der Jahreswende 2024/25? Es ist vollkommen nachvollziehbar, dass das russische Verhalten wie auch die durchwachsene

Bilanz der Out-of-Area-Missionen zu massiven Reaktionen und zur Neubewertung der Lage führen. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine ist ebenso und unmissverständlich zu verurteilen wie auch der Terrorangriff der Hamas auf Israel. Die Schuldfrage ist in diesen Fällen eindeutig. Das heißt aber nicht, dass die Begleitstrategien unstrittig wären. Die deutsche Außenministerin Baerbock fordert bei jeder Gelegenheit die Verteidigung der Werte und eine „Wehrhaftigkeit auf der Höhe der Zeit“. Die Herausforderungen für unsere Sicherheit zögen sich durch alle Lebensbereiche.

Der deutsche Verteidigungsminister Pistorius folgert aus alledem, Deutschland brauche einen Mentalitätswechsel. Deutsche Sicherheit wird plötzlich nicht mehr am Hindukusch verteidigt. Man müsse sich vielmehr an den Gedanken gewöhnen, so der Verteidigungsminister erstmals öffentlich in einem Interview mit dem ZDF im Oktober 2023, dass die Gefahr eines Krieges in Europa drohen könnte, „und das heißt, wir müssen kriegstüchtig werden, wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen“. Er führte diesen Gedanken dann Anfang November 2023 grundlegend in einer Rede bei der Bundeswehrtagung aus: Deutschland müsse Rückgrat der Abschreckung und kollektiven Verteidigung in Europa sein. „Unsere Bevölkerung, aber auch unsere Partner in Europa, Nordamerika und der Welt erwarten von uns, dass wir uns dieser Verantwortung stellen.“ Deutschland solle „sicherheitspolitisch erwachsen“ werden. Die Bundeswehr müsse sich auf einen „Kampf gegen einen mindestens ebenbürtigen Gegner ausrichten“ und dann auch im hochintensiven Gefecht durchhaltefähig sein. „Wir wollen diese Auseinandersetzung nicht nur gewinnen, sondern wir müssen. Dies gibt den Takt vor.“

Pistorius sieht, sekundiert von Thinktanks wie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, „ungefähr fünf bis acht Jahre, in denen wir aufholen müssen“, um sich gegen einen russischen Angriff zu wappnen. Sein Generalinspekteur ergänzt: „Kriegstüchtigkeit ist ein Prozess, den wir durchlaufen werden. Und weil ich Militär bin, sage ich: In fünf Jahren müssen wir kriegstüchtig sein.“ Woher genau diese recht exakten Zeitangaben kommen und welche konkrete Bedrohungsanalyse sich dahinter verbirgt, bleibt im Ver-

borgenen. Einem Russland, das bereits in der Ukraine große Schwierigkeiten hat, seine militärischen Ziele zu erreichen, und von dem zugleich viele, die eine Zeitenwende fordern, behaupten, es könne gegen die Ukraine verlieren, zugleich eine konkrete Bedrohung für Staaten der NATO zu unterstellen, passt nicht recht zusammen.

## **Strategieentwicklung mit Einseitigkeit**

Zugleich bewegen sich die aktuellen Aussagen von führenden PolitikerInnen der Regierungsfraktion nicht im luftleeren Raum, sondern Deutschland hat seine Sicherheitspolitik spätestens nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 konzeptionell und in nachvollziehbarer Weise erheblich angepasst. Ausgangspunkt war die „Zeitenwende-Rede“ von Bundeskanzler Scholz im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022. Darin argumentierte er angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, dass Deutschland „deutlich mehr in die Sicherheit unseres Landes investieren muss, um auf diese Weise unsere Freiheit und unsere Demokratie zu schützen“. Dies sei eine große nationale Kraftanstrengung mit dem Ziel einer leistungsfähigen, hochmodernen Bundeswehr, „die uns zuverlässig schützt“.

Das ist freilich keine exklusive Erkenntnis der Zeitenwende. Die deutsche Sicherheitspolitik habe sich, so schon der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr Zorn im Jahr 2019, „mehr als 20 Jahre sehr intensiv mit dem Streichen und Kürzen beschäftigt, aber wenig damit, was die Bundeswehr braucht, um dauerhaft einsatzfähig zu sein. Jetzt geht es darum, die verlorenen Kapazitäten auf einem modernen Niveau wieder aufzubauen.“ Auch das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ von 2016 ließ erkennen, dass die deutschen Streitkräfte seit Jahren von der Substanz leben, das heißt, an Unterfinanzierung bei gleichzeitig erhöhtem Gestaltungsanspruch der Politik litten. Die Nationale Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 – die erste überhaupt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – definiert dann Landes- und Bündnisverteidigung als Kernauftrag der Bundeswehr. In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vom

November 2023 heißt es dann u. a., dass Staat und Gesellschaft die Bundeswehr jahrzehntelang vernachlässigt hätten. Zu lange sei das Szenario eines Krieges in Europa und einer direkten Bedrohung unseres Landes für kaum vorstellbar gehalten und die Bundeswehr stattdessen auf weltweite Einsätze zum internationalen Krisenmanagement ausgerichtet worden. „Für Landes- und Bündnisverteidigung notwendige und selbstverständliche Strukturen und Fähigkeiten wurden aufgegeben. Das müssen wir umkehren.“ Um auch künftig in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben zu können, „müssen wir wehrhaft und resilient sein. Unsere Wehrhaftigkeit ist eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, weil Bedrohungen mit allen Instrumenten der Integrierten Sicherheit begegnet werden muss. Die Bundeswehr ist ein Kerninstrument unserer Wehrhaftigkeit gegen militärische Bedrohungen. Hierzu muss sie in allen Bereichen kriegstüchtig sein.“

## **Selbstverständlichkeiten und falsche Tonlage**

In den sicherheitspolitischen Grundlagendokumenten wie auch in den Aussagen führender RegierungspolitikerInnen wird einerseits eine blanke Selbstverständlichkeit ausgesprochen: Wer Frieden sichern will, muss verteidigungsfähig sein, und wer Streitkräfte hat, muss diese auch so aufstellen, dass sie einsatzfähig sind. Doch die Gefahr des „Sicherheitsdilemmas“, das aus dem Streben nach selbst noch so berechtigter Sicherheitsvorsorge resultiert, aber letztlich Unsicherheit verstärken kann, muss ebenfalls und gleichrangig systematisch mitbedacht werden. Deshalb muss besonders auf das „Framing“ geachtet werden. Zudem ist nach der Ukraine- die Nahostkrise der zweite Fall, bei dem sehr viele unreflektiert und in erschreckender Eindimensionalität und Schlichtheit auf die Militärmarte setzen. Wer eine normale deutsche Nachrichtensendung sieht oder eine beliebige Tageszeitung liest, der findet sich in diesem Eindruck bestätigt.

Jede/r darf dazulernen, und neue Fragen erfordern neue Antworten. Es ist unvermeidlich, dass der russische Angriff zur Rückbesinnung auf das Thema Verteidigungsfähigkeit mitsamt den dazu für manche sicher unbequemen Schritten führt. In diesem Sinne ist es folgerichtig und geboten, dass alle

Mitgliedstaaten der NATO einen angemessenen Beitrag zur kollektiven Verteidigung leisten. Deutschland hat da gewiss Nachholbedarf. Allerdings ist ein militärisches Gleichgewicht ein notwendiges, aber kein hinreichendes Element, um Frieden zu sichern. Denn ohne ein wirksames Bemühen, das militärische Gleichgewicht politisch zu stabilisieren, und den prioritären Einsatz für Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen wird es keine Sicherheit geben. All das ist aber vollkommen aus dem Blick geraten. Insofern ist das Gerede von der „Kriegstüchtigkeit“ überzogen und trifft nicht den richtigen Ton. Es scheint eher dem sicherheitspolitischen Zeitgeist und dem Rechtfertigungszwang für eine weitere – unangemessene – Erhöhung des Verteidigungshaushaltes geschuldet zu sein als einer sachlichen sicherheitspolitischen Bestandsaufnahme. Wer etwa von Verteidigungsausgaben in Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) oder mehr spricht, der überzieht und stellt unrealistische Forderungen auf.

Zugleich ist es bei allen unbestreitbaren Problemen nicht so, dass Deutschland militärisch „total blank“ (so die Aussage des Inspektors des Heeres, Alois Mais, am Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine) dastünde. In den vergangenen zehn Jahren hat sich der deutsche Verteidigungshaushalt mehr als verdoppelt. Die von allen Mitgliedstaaten der NATO zugesagte Quote von zwei Prozent des BIP wird damit freilich nur unter Hinzurechnung des Sondervermögens erreicht, welches aber 2027 ausgegeben sein wird und in der bisherigen Finanzplanung des Bundes keine Fortführung erfährt. Es gibt also mittelfristig tatsächlich Handlungsbedarf, der durch die Unwägbarkeiten innenpolitischer Veränderungen in den USA verstärkt wird. Unabhängig davon ist die NATO heute ungleich stärker als ihr Feind Russland. Den insgesamt rund 1.300 Milliarden US-Dollar, den alle derzeit 32 NATO-Staaten 2024 gemeinsam aufwenden, steht ein russischer Verteidigungshaushalt gegenüber, der – obschon er rasant aufwächst – ein Bruchteil davon beträgt. Dies gilt selbst dann, wenn man nur die Ausgaben der europäischen Staaten addiert.

## **Bewahrung des Friedens als realpolitische Aufgabe**

Fast alle in der deutschen Politik haben verstanden, dass Sicherheitspolitik in Deutschland in der Vergangenheit allzu stiefmütterlich behandelt wurde und Verantwortung in gewisser Weise neu ausbuchstabiert werden muss. Diese Erkenntnis sollte nicht durch Rabulistik und unnötige Kriegsrhetorik konterkariert werden. Deutschland sollte mithin ein realistisches Verständnis von außenpolitischer Verantwortung entwickeln. Das geht weit über die aktuellen Kriege in der Ukraine oder im Nahen Osten hinaus, hat aber doch Berührungspunkte mit ihnen.

Sicherheitspolitik in einer Welt voller Komplexität und Dynamik bedarf eines umfassenden und vernetzten Ansatzes, der die relevanten Instrumente und Akteure in ausgeglichener Balance verknüpft. Sie muss zudem unter den gegebenen Bedingungen einer „postheroischen Gesellschaft“ agieren. Militärische Mittel sind und bleiben dabei unverzichtbar, reichen jedoch nicht hin und sollten mit großer Bescheidenheit und nur mit einem klaren politischen Zweck eingesetzt werden. Die Bilanz bisheriger Militäreinsätze lehrt Bescheidenheit und Zurückhaltung. Es ist keine gute Idee, im politischen Diskurs um Krieg und Frieden von einem Extrem ins andere zu verfallen und vermeintliche moralische Prinzipienfestigkeit über jede realpolitische Vernunft zu stellen. Die Sicherheitsstrategie und die daraus ableitbaren Dokumente sind in diesem Sinne kritikwürdig.

## **Friedensfähigkeit, Verteidigung und Abschreckung**

Richtig bleibt, dass Sicherheitspolitik heute breiter gedacht werden muss und wir uns nicht allein auf militärische Fragen konzentrieren sollten – ohne mit dem Verweis auf das Engagement in einem Bereich den anderen zu vernachlässigen. Gleichzeitig sollten die politisch Verantwortlichen seit Clausewitz verinnerlicht haben, dass vor der Entscheidung zum Einsatz von Militär als Mittel der Politik die Frage zu beantworten ist, welcher politische Zweck mit welchem militärischen Ziel und welchen Mitteln erreicht werden soll. Bei dieser Zweck- und Zieldefinition sind Chancen und Risiken des

eigenen Handelns nüchtern und realistisch zu bewerten. Fehlt eine solche Abwägung, dann besteht das Risiko ungewollter Nebenwirkungen und – wie auch die Interventionen der vergangenen Jahrzehnte gezeigt haben – einer unerwünschten Eskalation oder bestenfalls eines Stillstandes ohne erkennbare Fortschritte. Während bei Clausewitz Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln war, wird Krieg nun zur Verteidigung unserer Werte mit anderen Mitteln. Das ist ein verhängnisvoller Irrweg.

Leitend sollte immer die Bewahrung des Friedens und der eigenen Wertebasis sein. Aber dort, wo eine wertegeleitete Politik sich als nicht durchsetzbar erweist, muss Realpolitik im Sinne einer realistischen Betrachtung der gegebenen Kräfteverhältnisse und Handlungsmöglichkeiten gemacht werden. In gewisser Weise droht die deutsche Sicherheitspolitik das Kind mit dem Bade auszuschütten. Deutschland sollte zu einer verantwortungsvollen, ausbalancierten, friedensorientierten und zugleich realistischen Sicherheitspolitik zurückfinden. An deren erster Stelle muss eine Politik des Interessenausgleichs, der diplomatischen Tugenden, der Verlässlichkeit und der Rüstungskontrolle stehen. Wer in diesem Sinne von „Kriegstüchtigkeit“ redet, der überzieht. Die deutsche Sicherheitspolitik sollte weder den „Kriegsertüchtigen“ noch den „Wertefundamentalisten“ überlassen werden. Es ist schlichtweg unklug, den Begriff des Friedens nur FundamentalkritikerInnen und PazifistInnen zu überlassen. Es sollte vielmehr darum gehen, Friedensfähigkeit – nichts weniger ist Auftrag in der Präambel des Grundgesetzes – breit getragen mit Verteidigungsfähigkeit und wirksamer Abschreckung zu verbinden.





**Chris Badia, General**

Deputy Supreme Allied Commander  
Transformation

## **Quo vadis NATO? Bestehen in einer Ära der komplexen und simultanen Herausforderungen**

Die Welt, in der wir heute leben, ist geprägt von einer nie dagewesenen Komplexität, Vernetzung und Dynamik. Rasante technologische Entwicklungen, geopolitische Umbrüche und neuartige globale Herausforderungen, insbesondere im Cyber- und Weltraum, bringen eine Sicherheitslandschaft hervor, deren Bedrohungsvektoren nur in eine Richtung weisen: nach oben. Migration und Urbanisierung, der zunehmende Wettbewerb um Ressourcen und die Folgen des Klimawandels verstärken diese Dynamik zusätzlich und führen zu Instabilität und Konflikten.

Wir sehen uns einer Vielzahl von Bedrohungen ausgesetzt, die sich über alle Grenzen, Regionen und Dimensionen erstrecken. Staatliche und nichtstaatliche Akteure fordern die NATO und ihre Partner auf unterschiedlichen Machtebenen heraus, von hybriden Operationen bis hin zu direkten militärischen